

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Abt.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 21 98. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 M bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 M; durch die Post monatlich 2.60 M freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Feilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm  
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrensdorf, Bretinig, Hanswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 129

Donnerstag, den 5. Juni 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Fabrikanten Gustav Adolf Halang, Inhabers der Firma  
F. A. Gebler betriebenen Färberei, Schürzen- und Berufskleiderfabrik, Bretinig Nr. 17 B,  
wird heute am 4. Juni 1930, nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Richterrevisor Kurt Breitenborn in Großröhrensdorf Sa. wird zum Konkurs-  
verwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 24. Juni 1930 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl  
eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden-  
falls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf und zur Prü-  
fung der angemeldeten Forderungen auf

den 1. Juli 1930, vormittags 9 Uhr —

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas  
schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsorgen oder leisten, muß auch den Besitz  
der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht,  
dem Konkursverwalter bis zum 24. Juni 1930 anzeigen.

Das Amtsgericht zu Pulsnitz, am 5. Juni 1930

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wirtschaftsbefizers und Holz- und  
Kohlenhändlers Arthur Oskar Gebauer in Bretinig wird zur Abnahme der Schlussrechnung  
des Verwalters und zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die  
Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlusstermin auf

den 26. Juni 1930, vormittags 1/11 Uhr

Amtsgericht Pulsnitz, am 26. Mai 1930.

Freitag, den 6. Juni 1930 sollen gegen Barzahlung meistbietend öffentlich versteigert werden:

1. Vormittags 11 Uhr in Oberlichtenau, an Ort und Stelle, Sammelort der Dieter  
Schäfers Gasthof: 12 000 Stück Dachziegel.
2. Nachmittags 2 Uhr in Lichtenberg, Obergasthof: 1 Herrenfahrrad.

Pulsnitz, am 5. Juni 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

## Das Wichtigste

Reichspräsident von Hindenburg tritt am Donnerstag einen kurzen  
Pfingsturlaub an. Wie verlautet, begibt er sich auf sein Gut  
Neudeck in Ostpreußen.

Der Wetterdienst meldet für die Zeit des Rückfluges des „Graf  
Zeppelin“ starke Winde. Zwischen den Azoren und Sevilla  
herrscht Gewitter. Ueber ganz Spanien gehen gewaltige Regen-  
güsse nieder. In Toledo sind die Straßen vollkommen über-  
schwemmt.

Die Rückkehr des „Graf Zeppelin“ nach Friedrichshafen wird für  
Freitagnachmittag erwartet.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Die sparsamen Sachsen. Im April wurden  
bei den 354 sächsischen Sparkassen 32,25 Millionen RM.  
ein- und 20,79 Millionen RM. zurückgezahlt. Somit ergibt  
sich ein Einzahlungsüberschuß von 11,46 Millionen RM.  
Das Einlegerguthaben einschließlich der bisher berechneten  
Zinsen war Ende April auf 622,14 Millionen RM. angewachsen.

Schützt Wald, Wild und Flur. Es wird  
immer wieder die Beobachtung gemacht, daß, wenn Ausflüg-  
ler oder Schulen Wild sehen, sie wahre Indianergeteule  
anstimmen, mit den Händen klatschen, Hüte und Mützen  
hochwerfen, nur um das Wild zu verschrecken, anstatt sich  
ruhig zu verhalten und sich am Anblick des Wildes zu er-  
freuen. Man versteht ein solches Gebahren einfach nicht und  
darf sich nicht wundern, wenn schließlich zur Beruhigung des  
Wildbestandes das öffentliche Betreten gewisser Waldflächen  
verboten wird.

Vor zehn Jahren. Es ist ein trübes Bild,  
was man von den Zuständen, die damals herrschten, malen  
muß. Im Inneren auf der einen Seite Nahrungsmittel-  
knappheit, Elend und Not, auf der anderen Seite Schieber-  
tum und Schlemmerei, dazu innere Zerrissenheit und hitzige  
Wahlkämpfe. Noch immer herrschte die Zwangswirtschaft;  
eine Besserung der Nahrungsmittelknappheit trat immer noch  
nicht ein; Betrügereien und Schiebererei waren an der Tages-  
ordnung. Während auf der einen Seite bitterste Not herrschte,  
welche die Volksklagen mit zweifelhaftem Erfolge zu lindern  
suchten, war das Volk auf der anderen Seite von einem  
wahren Tumult erfasst, den man schon fast als Bier bezei-  
chen muß, und jagte von einem Ball und von einem Num-  
melplatz zum andern. In der Innenpolitik war eine ent-  
scheidende Wendung eingetreten: Das Ergebnis der Reichs-  
tagswahlen vom 6. Juni zeigte einen starken Ruck nach rechts;  
am 8. Juni trat das Kabinett Müller zurück; und am 23.  
Juni wurde Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt. Auf  
außenpolitischem Gebiete war diese Zeit immer noch eine  
Zeit der tiefsten Schande und Erniedrigung. Noch immer  
waren ferndeutsche Gebiete in den Händen übermächtiger Feinde;  
die Handelsflotte wurde uns geraubt; und überall hegten  
die Feindbundsstaaten gegen die sogenannten Kriegsverbrecher:  
Deutsche ehrenhafte Soldaten mußten auf Geheiß der Feinde  
vor das Reichsgericht gestellt werden, um für ihre „Greuel-  
taten“ im Feindesland bestraft zu werden, während in den  
besetzten Gebieten die (nicht nur von der Siegesfreude trunkenen)  
Sieger wie die Vandalen hausten.

## Das Sparprogramm der Reichsregierung

### Einschneidende Abänderungen des Beamtenrechts

Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften — Anregung zur Einberufung einer Weltkonferenz über  
die Arbeitslosenfrage — Wachsende Gefährdung der Gemeindefinanzen — Heute entscheidende Kabinettsitzung

Die amtliche Erklärung über die Sitzung, die das Reichs-  
kabinett am Dienstag bis spät in die Nacht hinein zusamen-  
hielt, ist nur recht karglich. Es heißt darin nur, daß sich das  
Kabinett grundsätzlich über die vom Reichsarbeits-  
minister vorgeschlagenen Abänderungsbestimmungen zur  
Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einig sei.  
Einzelheiten über die Kabinettsbeschlüsse verlauten nicht.

Wenn man den unbestätigten Verlautbarungen Glauben  
schenken soll, so

enthält das Sparprogramm des Reichsfinanzministers  
folgende einschneidende Abänderungen der beamten-  
rechtlichen Vorschriften:

Die örtlichen Zuschläge sollen allmählich abgebaut  
werden, die Urlaube der Reichsbeamten gekürzt werden,  
verheiratete weibliche Reichsbeamte sollen künftig  
jederzeit mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden,  
auch wenn sie auf Lebenszeit angestellt sind. Sie sollen eine  
Abfindung erhalten, und zwar für jedes vollendete Dienst-  
jahr einen Monatsbezug, im ganzen höchstens 12 Monats-  
bezüge. Die Altersgrenze soll von 65 auf 68  
Jahre heraufgesetzt werden. Wenn der Anspruchs-  
berechtigte ein Dienst- oder sonstiges Einkommen oder ein  
weiteres Ruhegeld bezieht, soll eine Ruhezugeldkürzung  
vorgenommen werden. Gleichzeitig soll eine

### Verminderung der Reichsbehörden

erfolgen. So sollen die Reichsvermögensverwaltung, das  
Reichskommissariat für die besetzten Gebiete und das Reichs-  
ausgleichsamt bis zum 30. September d. J., das Minister-  
ium für die besetzten Gebiete, die Reichszentrale für Heimat-  
dienst und einige kleinere Reichsstellen bis zum 31. März  
nächsten Jahres aufgelöst werden. 9 Lehrersever-  
waltungsamt Breslau soll z. B. bis 31. März 1932, das  
Reichsversorgungsgericht bis 31. März 1934 aufgelöst werden.  
Bis 31. März 1935 sollen nicht weniger als vier Landes-  
finanzämter, 10 Oberpostdirektionen, 10 Telegraphenzeug-  
und Telegraphenbauämter, 50 Finanzämter, 10 Hauptzoll-  
ämter, sämtliche Hauptversorgungs- und Versorgungsämter  
verschwinden. Bis zum 31. März 1932 muß ferner minde-  
stens 10 Prozent aller Referenten, Hilfsreferenten und  
sonstigen Personals der Reichsministerien abgebaut werden;  
der dann erreichte Personalstand darf hinfort nicht mehr  
überschritten sein; also keine Neueinstellung oder Neu-  
besetzung mehr.

Die Zahl der Abgeordneten soll entsprechend der Ver-  
minderung der Reichstagsfrage herabgesetzt werden.

Auf 80 000 Wählerstimmen soll künftig ein Man-  
dat entfallen. Die Diäten der Abgeordneten sollen  
gekürzt werden. Landgemeinden unter 3000 Einwohnern  
sollen sich künftig keine besoldeten Gemeindevorsteher mehr  
stellen dürfen. Ein Gesetz zur Sicherung des Haushalts  
des Reichs, der Länder und Gemeinden sieht vor, daß alle  
reparierten Ausgaben künftig nur zur Schuldentilgung ver-  
wandt werden. Alle Neubauten sollen unterbleiben oder  
zum mindesten nicht vor 1935 in Angriff genommen werden.

## Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Zwischen den führenden Verbänden der Arbeitge-  
ber und den Gewerkschaften werden seit einiger Zeit  
Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Arbeitsgemein-  
schaft geführt. Die Verhandlungen sollen jetzt kurz vor dem  
Abschluß stehen. Das Ziel der Verhandlungen ist die Her-  
beiführung von Vereinbarungen, durch die  
die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt saniert  
werden sollen. Die Verhandlungen wurden auf der  
einen Seite von dem Präsidenten der Vereinigung der Ar-  
beitgeberverbände und dem Präsidialmitglied der deutschen  
Industrie von Raumer und auf der anderen Seite von  
den Abgeordneten Grafmann und Eder für die  
freien, Otto für die christlichen Gewerkschaften und Lem-  
mer für den Gewerkschaftsring geführt.

## Die Verhandlungen zwischen Unter- nehmern und Gewerkschaften

Berlin. Ueber die bisherigen Verhandlungen zwischen  
führenden Kreisen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie  
und den Gewerkschaften läßt sich der „Vorwärts“ von  
unternetzter Seite mitteilen, die Verhandlungen hätten den  
Zweck gehabt, durch einen gemeinsamen Appell an die Deffent-  
lichkeit, möglichst getragen von der Autorität des Reichs-  
präsidenten, fördernd auf die Ankerbelung der Wirtschaft  
einzuwirken. Die Vereinigung des Staats, die Befehung der  
Notlage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung  
und Arbeitslosenversicherung und damit zugleich  
eine dauernde Einschränkung der Arbeitslosigkeit seien  
Gegenstand eingehender Besprechungen gewesen. Die Einzel-  
heiten sollten in weiteren Beratungen geklärt werden. Die  
Gewerkschaftsvertreter hätten sich bei den Verhandlungen mit  
allem Nachdruck gegen eine Senkung der Reallohne gewandt  
und für durchgreifende Senkung der Preise, insbesondere  
der Kartellpreise, ausgesprochen. Die Verhandlungen seien  
unterbrochen worden, weil der Reichsverband der Deutschen  
Industrie noch zu keiner einheitlichen Stellungnahme hätte  
gelangen können.

## Anregung zur Einberufung einer Weltkonferenz über die Arbeitslosenfrage

London, 4. Juni Ministerpräsident Macdonald wur-  
de am Mittwoch im Unterhaus darauf hingewiesen, daß es  
angezeigt erscheinen könne, durch den Völkerbund eine Welt-  
konferenz zur Behandlung der Arbeitslosenfrage einzuberufen.  
Macdonald erwiderte, die Regierung schenke dieser Frage  
die stärkste Aufmerksamkeit, könne aber im Augenblick keinen  
Schritt für die Einberufung einer solchen Konferenz tun.

